



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2018

---

**Radikale Ansätze bei neuen Strafrechtsnormen. Aktuelle Tendenzen in der  
strafrechtlichen und strafprozessrechtlichen Gesetzgebung**

Jositsch, Daniel

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-149009>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Jositsch, Daniel (2018). Radikale Ansätze bei neuen Strafrechtsnormen. Aktuelle Tendenzen in der strafrechtlichen und strafprozessrechtlichen Gesetzgebung. Jusletter, (05.02.2018):online.

Daniel Jositsch

## **Radikale Ansätze bei neuen Strafrechtsnormen**

### **Aktuelle Tendenzen in der strafrechtlichen und straфprozessrechtlichen Gesetzgebung**

---

Neben der Umsetzung der Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» beschäftigt sich das Parlament im Bereich des Strafrechts und des Strafprozessrechts mit verschiedenen parlamentarischen Vorstössen. Dabei zeigt sich, dass der National- aber auch der Ständerat zuweilen zu radikalen Lösungen und Ansätzen neigen. Es wird sich allerdings weisen müssen, ob diese im Lauf des Gesetzgebungsprozesses Bestand haben werden.

---

Beitragsarten: Beiträge  
Rechtsgebiete: Strafrecht

Zitiervorschlag: Daniel Jositsch, Radikale Ansätze bei neuen Strafrechtsnormen, in: Jusletter 5. Februar 2018

## Inhaltsübersicht

Strafgesetzbuch  
Strafprozessrecht

### Strafgesetzbuch

[Rz 1] Weiterhin beschäftigt sich das Parlament mit der Umsetzung der Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen».<sup>1</sup> Die Problematik ist dabei bekanntlich, dass der Text der Initiative sehr weit geht und bei Sexualdelikten ein zwingendes lebenslängliches Verbot von beruflichen und nebenberuflichen Tätigkeiten mit Minderjährigen und Abhängigen vorsieht. Nach einer ersten Beratungsrunde im Stände- und im Nationalrat steht nach der Wintersession 2017 fest, dass die Umsetzung sich sehr stark am Initiativtext orientieren wird.<sup>2</sup> Das bedeutet, dass auch ein zwingendes lebenslängliches Tätigkeitsverbot vorgesehen ist, allerdings nur, wenn es sich beim minderjährigen Opfer um ein solches unter 16 Jahren handelt. Ausserdem wurde ein Deliktskatalog definiert, bei dem ein entsprechendes Tätigkeitsverbot zur Anwendung gelangen soll. Dabei war es das Ziel des Bundesrats, Bagatelldelikte auszunehmen. Ausserdem soll das Gericht im Rahmen einer Härtefallklausel die Möglichkeit haben, *in besonders leichten Fällen ausnahmsweise* auf die Verhängung eines Tätigkeitsverbotes zu verzichten. Der Bundesrat hatte dagegen noch die Möglichkeit vorgesehen, auch ein lebenslängliches Verbot nach mindestens zehn Jahren auf Gesuch des Verurteilten hin inhaltlich oder zeitlich zu modifizieren resp. abzubrechen. Der Ständerat hat dies aber ausgeschlossen; der Nationalrat ist diesbezüglich gefolgt. Das bedeutet also, dass die Gerichte nur noch im Rahmen der Härtefallklausel einen gewissen Spielraum haben werden, ansonsten ist, sofern bezüglich Delikt und Opfer die Voraussetzungen erfüllt sind, in Zukunft zwingend ein lebenslängliches, nicht mehr aufhebbares Tätigkeitsverbot auszusprechen. Die Vorlage kommt im ersten Quartal 2018 in die zweite Runde im Ständerat, wobei die Differenzen, die es noch zu bereinigen gibt, relativ geringfügige sind. Aufgrund der sehr radikalen Umsetzung der Initiative dürfte es freilich in der Schlussabstimmung Widerstand gegen die Umsetzungsvorlage geben. Es ist jedoch aufgrund der Mehrheitsverhältnisse unwahrscheinlich, dass das Gesetz dort scheitern wird. Auch ein Referendum dürfte wohl kaum in Erwägung gezogen werden.

[Rz 2] Mit einem strafrechtlichen Randgebiet beschäftigt sich eine parlamentarische Initiative, die die **Aufhebung von Art. 296 des Strafgesetzbuches (StGB)** verlangt.<sup>3</sup> Das Delikt bestraft die öffentliche Beleidigung ausländischer Staaten beziehungsweise diejenige ausländischer Würdenträger. Dabei handelt sich um einen Tatbestand, der freilich mit Blick auf aussenpolitische Notwendigkeiten geschaffen worden war. Entsprechend handelt es sich um ein Ermächtigungsdelikt, das nur zum Einsatz kommen soll, wenn der Bundesrat dies als zweckmässig erachtet. Sowohl die national- als auch die ständerätliche Rechtskommission waren indes der Meinung, dass ausländische Würdenträger keinen besonderen Schutz bedürften, weshalb sie der Initiative Folge gaben. Der Bundesrat ist damit aufgefordert, eine entsprechende Gesetzesvorlage auszuarbeiten. Es wird sich dann allerdings weisen, ob die sprichwörtliche Suppe so heiss gegessen wird,

---

<sup>1</sup> Art. 123c der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV; SR 101).

<sup>2</sup> Geschäft Nr. 16.048 <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20160430>, alle Websites zuletzt besucht am 23. Januar 2018.

<sup>3</sup> Geschäft Nr. 16.430 <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20160430>.

wie sie gekocht worden ist. Es wäre jedenfalls nicht das erste Mal, dass eine parlamentarische Initiative überschwänglich auf den Weg der Gesetzgebung geschickt wird, um dann in der zweiten Phase ganz zu scheitern oder doch wesentlich zurechtgestutzt zu werden.

[Rz 3] Ein eben solches Schicksal hatte eine parlamentarische Initiative des mittlerweile aus dem Parlament ausgeschiedenen ehemaligen Nationalrats Jo Lang zu erleiden. Der bereits 2011 eingereichte Vorstoss sah die **Abschaffung von Art. 293 StGB** vor.<sup>4</sup> Diese Norm geriet ins Visier, da sie die Meinungsäusserungsfreiheit und die Pressefreiheit tangiert. Das Heikle ist dabei, dass die Norm die Verurteilung von Amtsexternen, namentlich von Journalisten, für die Verletzung eines Geheimnisses vorsieht, obwohl es sich dabei weder um Amtspersonen noch um Personen handelt, denen mit Bezug auf das geschützte Geheimnis eine besondere Verpflichtung obliegt. Die Rechtskommissionen beider Räte haben dieses Problem zwar grundsätzlich anerkannt und der parlamentarischen Initiative Folge gegeben. Im Rahmen der Gesetzesarbeiten hat sich jedoch ergeben, dass sich für die vom Initianten angestrebte Totalaufhebung des Tatbestands keine Mehrheit finden lässt. Die Rechtskommissionen haben entsprechend eine Kompromissvariante vorgeschlagen, die in der Sommersession 2017 eine Mehrheit in beiden Räten gefunden hat und entsprechend in Kraft treten wird.<sup>5</sup> Am Tatbestand wird dabei grundsätzlich festgehalten. Geändert wird die bisher in Abs. 3 vorgesehene Ausnahmebestimmung, dass der Richter auf eine Bestrafung verzichten kann, wenn das verletzte Geheimnis als geringfügig erachtet wird. Neu wird Abs. 3 folgendermassen aussehen: «Die Handlung ist nicht strafbar, wenn der Veröffentlichung kein überwiegendes öffentliches oder privates Interesse entgegengestanden hat.» Das bedeutet zunächst, dass keine Ausnahmebestimmung vorgesehen ist, in deren Fall auf die Bestrafung der Tat verzichtet wird, sondern dass im Fall von Abs. 3 die Handlung als solche nicht mehr strafbar ist. Das heisst, dass Abs. 3 eine Einschränkung des objektiven Tatbestands vorsieht und Amtsgeheimnisse nur mehr dann unter dem Schutz von Art. 293 StGB stehen, wenn die Voraussetzung von Abs. 3 nicht erfüllt ist. Um dies zu entscheiden, bedarf es indes einer Beurteilung der geschützten privaten oder öffentlichen Interessen. Die Strafbarkeit der Geheimnisverletzung soll auf diejenigen Fälle beschränkt werden, in denen es sich um *überwiegende* Interessen handelt. Die Frage, wann das der Fall sein soll, lässt das Gesetz indes offen. Auch in der parlamentarischen Beratung wurde dazu nichts gesagt.<sup>6</sup> Gemäss den Ausführungen der zuständigen Justizministerin, Bundesrätin Sommaruga, soll die Veröffentlichung dann zulässig sein, wenn das Interesse an dieser höher zu werten ist, als das Interesse am Geheimhaltungsschutz. In der Praxis dürfte das insbesondere bei gesetzwidrigen amtsinternen Vorgängen der Fall sein, also zum Beispiel, wenn über Korruptionsfälle berichtet wird. Ansonsten dürfte aber unklar sein, unter welchen Bedingungen die Veröffentlichung von Geheimnissen, die private oder öffentliche Interessen betreffen, zulässig sein soll. Die Gerichte werden hierzu also eine Praxis finden müssen. Unabhängig davon dürfte mit der Gesetzesänderung jedoch wenig gewonnen sein, denn im konkreten Fall bewegen sich Journalisten, die Geheimnisse aufdecken, weiterhin auf dünnem Eis; die Frage nämlich, ob die Veröffentlichung dem Geheimhaltungsinteresse im konkreten Fall vorgeht oder nicht, entscheidet sich immer erst nach der Veröffentlichung, so dass ein Journalist sich weiterhin in jedem Aufdeckungsfall unter dem Damoklesschwert von Art. 293 StGB befindet.

---

<sup>4</sup> Geschäft Nr. 11.489 <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20110489>.

<sup>5</sup> Siehe Schlussabstimmungstext: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2017/4209.pdf>.

<sup>6</sup> <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=39732>.

## Strafprozessrecht

[Rz 4] Die weltweit herrschende Terrorismusgefahr ist auch am schweizerischen Gesetzgeber nicht spurlos vorbeigegangen. So sah eine Motion vor, die bisher hierzulande nicht bekannte Kronzeugenregelung in die Strafprozessordnung (StPO) aufzunehmen.<sup>7</sup> Das Anliegen fand indes keine Mehrheit und scheiterte im Nationalrat. Aufgrund des Umstands aber, dass das Anliegen den Segen des Ständerats erhalten hatte, wurde das Thema trotzdem aufgenommen. Die Rechtskommission des Nationalrats hat angeregt, dass die so genannte *kleine Kronzeugenregelung* in Art. 260<sup>ter</sup> Ziff. 2 StGB auf die Mitglieder terroristischer Organisationen ausgeweitet werden soll, soweit das nicht schon heute der Fall ist.<sup>8</sup> Dieser Ansatz fand die Unterstützung beider Räte, wodurch der Bundesrat, der das Anliegen unterstützt, mit der Ausarbeitung einer Vorlage beauftragt wurde.

---

DANIEL JOSITSCH ist Professor für Strafrecht und Strafprozessrecht an der Universität Zürich und Ständerat.

Der vorliegende Beitrag beruht auf dem Stand Januar 2018 resp. Ende der Wintersession 2017 der Eidgenössischen Räte.

---

<sup>7</sup> Geschäft Nr. 16.3735 <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20163735>.

<sup>8</sup> Geschäft Nr. 17.3264 <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20173264>.